

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur vom 15. Oktober 2010 über Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit

A. Problem und Ziel

In Artikel 27 des Protokolls von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, völkerrechtliche Regeln und Verfahren im Bereich der Haftung und Wiedergutmachung für Schäden zu erarbeiten, die durch die grenzüberschreitende Verbringung lebender veränderter Organismen entstehen. Damit wird das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu leisten. Der Abschluss einer entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung im Bereich der Haftung und Wiedergutmachung entspricht der Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

B. Lösung

Das mittlerweile ausgehandelte und von der Bundesrepublik Deutschland am 20. September 2011 unterzeichnete Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur über Haftung und Wiedergutmachung zum Cartagena-Protokoll sieht ein öffentlich-rechtliches System zur Schadensbeseitigung (administrativer Haftungsansatz) vor und setzt damit die in Artikel 27 des Cartagena-Protokolls beschlossene Verpflichtung der Vertragsparteien um. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetzentwurf soll die für die Ratifikation des Zusatzprotokolls erforderliche Zustimmung von Bundestag und Bundesrat eingeholt werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand resultieren für Bund, Länder und Kommunen aus der Verabschiedung des Vertragsgesetzes nicht.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Ein geringfügig erhöhter Erfüllungsaufwand kann beim Bund durch den Ausbau der Verwaltungsstrukturen zum Cartagena-Protokoll entstehen. Ein etwaiger Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Ansonsten entsteht für die Verwaltung, insbesondere für Länder und Kommunen, kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, und für die sozialen Sicherungssysteme entstehen keine sonstigen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Entwurf

Gesetz
zu dem Zusatzprotokoll
von Nagoya/Kuala Lumpur vom 15. Oktober 2010
über Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena
über die biologische Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 20. September 2011 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur vom 15. Oktober 2010 über Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508) wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen des Zusatzprotokolls, die sich ausschließlich auf wissenschaftliche, technische oder verwaltungsmäßige Angelegenheiten beziehen und sich im Rahmen der Ziele des Zusatzprotokolls halten, nach seinem Artikel 16 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 29 Absatz 4 Buchstabe e des Protokolls von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit und den Artikeln 29 und 30 des Übereinkommens vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzprotokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich, soweit es in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, weil das Zusatzprotokoll, das innerstaatlich in Geltung gesetzt wird, Verfahrensregelungen enthält und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung künftige Änderungen des Zusatzprotokolls, die sich ausschließlich auf wissenschaftliche, technische oder verwaltungsmäßige Angelegenheiten beziehen, innerstaatlich in Kraft zu setzen. Dies gilt auch für den Fall, dass Anlagen zum Zusatzprotokoll beschlossen werden. Die Verordnungsermächtigung dient der Entlastung des Gesetzgebers und der Vereinfachung des Verfahrens, da im Falle von ausschließlich wissenschaftlichen, technischen oder verwaltungsmäßigen Änderungen und Ergänzungen ein neues Vertragsgesetz vermieden wird.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes erforderlich.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Mit dem Zusatzprotokoll werden völkerrechtlich verbindliche Regelungen für die Haftung und Wiedergutmachung für Schäden eingeführt, die durch die grenzüberschreitende Verbringung von lebenden veränderten Organismen*) an der biologischen Vielfalt entstehen können. Im Cartagena-Protokoll hatten sich im Jahr 2000 die Vertragsparteien verpflichtet, entsprechende Regeln und Verfahren zu erarbeiten. Das entsprechende Zusatzprotokoll zum Cartagena-Protokoll konnte im Oktober 2010 in Nagoya/Japan verabschiedet werden. Es enthält Regelungen zur verpflichtenden Beseitigung von Schäden an der biologischen Vielfalt durch den Betreiber und zur zivilrechtlichen Haftung des Betreibers. Da dies ein Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt ist, entspricht das Zusatzprotokoll den umweltpolitischen Zielen und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Der Gesetzentwurf enthält keine gleichstellungsrelevanten Aspekte.

Finanzielle Auswirkungen für Bund, Länder und Kommunen ergeben sich unmittelbar aus der Verabschiedung des Vertragsgesetzes nicht. Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Für die Wirtschaft und die Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand, da die bereits bestehenden nationalen Regelungen den inhaltlichen Vorgaben und Verpflichtungen des Zusatzprotokolls entsprechen. Ein geringfügig erhöhter Vollzugaufwand kann allenfalls beim Bund durch die Schaffung bzw. den Ausbau nationaler Verwaltungsstrukturen entstehen, ebenso wie zusätzliche

*) Die Begriffsbestimmung des lebenden veränderten Organismus (LVO) ergibt sich gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Zusatzprotokolls aus Artikel 3 Buchstabe g des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit vom 29. Januar 2000. Sie entspricht weitestgehend der Begriffsbestimmung des genetisch veränderten Organismus (GVO) der Richtlinie 2001/18/EG vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt sowie der Begriffsbestimmung des gentechnisch veränderten Organismus des Gentechnikgesetzes (GenTG). Allerdings liegen den Begriffsbestimmungen unterschiedliche Techniken der genetischen Veränderung zugrunde, was die praktische Anwendung der Rechtsvorschriften jedoch kaum beeinträchtigen dürfte.

Sekretariats- und Personalkosten für das Cartagena-Protokoll. Ein etwaiger Mehrbedarf des Bundes an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Es werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Sonstige Kosten entstehen für die Wirtschaft nicht. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Vertragsgesetz nicht zu erwarten.

elektronische Vorabfassung*

Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur
über Haftung und Wiedergutmachung
zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit

Nagoya-Kuala Lumpur Supplementary Protocol
on Liability and Redress
to the Cartagena Protocol on Biosafety

Protocole additionnel de Nagoya – Kuala Lumpur
sur la responsabilité et la réparation relatif au Protocole
de Cartagena sur la prévention des risques biotechnologiques

(Übersetzung)

The Parties to this Supplementary Protocol,

Les Parties au présent Protocole additionnel,

Die Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls –

Being Parties to the Cartagena Protocol on Biosafety to the Convention on Biological Diversity, hereinafter referred to as “the Protocol”,

Étant Parties au Protocole de Cartagena sur la prévention des risques biotechnologiques relatif à la Convention sur la diversité biologique, dénommé ci-après «le Protocole»,

als Vertragsparteien des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt, im Folgenden als „Protokoll“ bezeichnet;

Taking into account Principle 13 of the Rio Declaration on Environment and Development,

Tenant compte du Principe 13 de la Déclaration de Rio sur l’environnement et le développement,

unter Berücksichtigung des Grundsatzes 13 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung;

Reaffirming the precautionary approach contained in Principle 15 of the Rio Declaration on Environment and Development,

Réaffirmant l’approche de précaution contenue dans le Principe 15 de la Déclaration de Rio sur l’environnement et le développement,

in Bekräftigung des Vorsorgeprinzips in Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung;

Recognizing the need to provide for appropriate response measures where there is damage or sufficient likelihood of damage, consistent with the Protocol,

Reconnaissant la nécessité de prévoir en cas de dommage ou de probabilité suffisante de dommage des mesures d’intervention appropriées, dans le respect du Protocole,

in Anerkennung der Notwendigkeit, im Einklang mit dem Protokoll geeignete Abhilfemaßnahmen für den Fall eines Schadens oder der hinreichenden Wahrscheinlichkeit eines Schadens vorzusehen;

Recalling Article 27 of the Protocol,

Rappelant l’article 27 du Protocole,

eingedenk des Artikels 27 des Protokolls –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1
Objective

Article 1
Objectif

Artikel 1
Ziel

The objective of this Supplementary Protocol is to contribute to the conservation and sustainable use of biological diversity, taking also into account risks to human health, by providing international rules and procedures in the field of liability and redress relating to living modified organisms.

L’objectif du présent Protocole additionnel est de contribuer à la conservation et à l’utilisation durable de la diversité biologique, compte tenu également des risques pour la santé humaine, en établissant des règles et procédures internationales en matière de responsabilité et de réparation relatives aux organismes vivants modifiés.

Dieses Zusatzprotokoll zielt darauf ab, durch die Festlegung von völkerrechtlichen Regeln und Verfahren im Bereich der Haftung und Wiedergutmachung im Zusammenhang mit lebenden veränderten Organismen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beizutragen, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind.

Article 2
Use of terms

Article 2
Définition des termes

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

1. The terms used in Article 2 of the Convention on Biological Diversity, hereinafter referred to as “the Convention”, and Article 3 of the Protocol shall apply to

1. Les termes définis à l’article 2 de la Convention sur la diversité biologique, dénommée ci-après «la Convention», et à l’article 3 du Protocole s’appliquent au

(1) Die in Artikel 2 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, und in Artikel 3 des Protokolls verwendeten Be-

this Supplementary Protocol.

2. In addition, for the purposes of this Supplementary Protocol:

- (a) "Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol" means the Conference of the Parties to the Convention serving as the meeting of the Parties to the Protocol;
- (b) "Damage" means an adverse effect on the conservation and sustainable use of biological diversity, taking also into account risks to human health, that:
 - (i) Is measurable or otherwise observable taking into account, wherever available, scientifically-established baselines recognized by a competent authority that takes into account any other human induced variation and natural variation; and
 - (ii) Is significant as set out in paragraph 3 below;
- (c) "Operator" means any person in direct or indirect control of the living modified organism which could, as appropriate and as determined by domestic law, include, *inter alia*, the permit holder, person who placed the living modified organism on the market, developer, producer, notifier, exporter, importer, carrier or supplier;
- (d) "Response measures" means reasonable actions to:
 - (i) Prevent, minimize, contain, mitigate, or otherwise avoid damage, as appropriate;
 - (ii) Restore biological diversity through actions to be undertaken in the following order of preference:
 - a. Restoration of biological diversity to the condition that existed before the damage occurred, or its nearest equivalent; and where the competent authority determines this is not possible;
 - b. Restoration by, *inter alia*, replacing the loss of biological diversity with other components of biological diversity for the same, or for another type of use either at the same or, as appropriate, at an alternative location.

présent Protocole additionnel.

2. En outre, aux fins du présent Protocole additionnel:

- a) «Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole» s'entend de la Conférence des Parties à la Convention siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole;
- b) «Dommage» s'entend d'un effet défavorable sur la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique, en tenant compte des risques pour la santé humaine, qui:
 - (i) Est mesurable ou autrement observable en tenant compte, lorsque cette information existe, des conditions initiales établies scientifiquement et reconnues par l'autorité compétente, compte tenu de toute autre variation d'origine naturelle et anthropique; et
 - (ii) Est significatif au sens donné dans le paragraphe 3 ci-après;
- c) «Opérateur» s'entend de toute personne qui contrôle directement ou indirectement l'organisme vivant modifié et qui pourrait, selon le cas et tel que déterminé par le droit interne, inclure, entre autres, le titulaire du permis, la personne qui a mis l'organisme vivant modifié sur le marché, le concepteur, le producteur, l'auteur de la notification, l'exportateur, l'importateur, le transporteur ou le fournisseur;
- d) «Mesures d'intervention» s'entend des mesures raisonnables prises pour:
 - (i) Prévenir, minimiser, confiner, atténuer ou autrement éviter le dommage, selon qu'il convient;
 - (ii) Restaurer la diversité biologique en prenant des mesures dans l'ordre de préférence suivant:
 - a. Restauration de la diversité biologique aux conditions qui existaient avant que le dommage soit survenu, ou leur équivalent le plus proche; et quand l'autorité compétente détermine que cela n'est pas possible;
 - b. Restauration par, entre autres, le remplacement de la perte de diversité biologique par d'autres éléments constitutifs de celle-ci, que le type d'utilisation en soit identique ou non, au même emplacement ou, selon qu'il convient, à un autre.

griffsbestimmungen gelten für dieses Zusatzprotokoll.

(2) Außerdem bedeutet im Sinne dieses Zusatzprotokolls

- a) „Konferenz der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient“ die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient;
- b) „Schaden“ eine nachteilige Auswirkung auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind; die Auswirkung muss
 - i) entweder messbar oder anderweitig beobachtbar sein, wobei die unter Berücksichtigung aller sonstigen vom Menschen verursachten und natürlichen Veränderungen von einer zuständigen Behörde anerkannten wissenschaftlich ermittelten Ausgangsdaten, sofern verfügbar, zu berücksichtigen sind, und
 - ii) erheblich im Sinne des Absatzes 3 sein;
- c) „Betreiber“ jede Person, die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den lebenden veränderten Organismus ausübt, wobei dies, soweit angemessen und wie im innerstaatlichen Recht festgelegt, unter anderem den Inhaber einer Genehmigung, die Person, welche den lebenden veränderten Organismus in den Verkehr gebracht hat, den Entwickler, Hersteller, Anmelder, Exporteur, Importeur, Beförderer oder Lieferanten umfassen könnte;
- d) „Abhilfemaßnahmen“ angemessene Maßnahmen, um
 - i) Schaden je nach Situation zu verhüten, auf ein Mindestmaß zu beschränken, einzudämmen, zu mindern oder auf andere Weise zu vermeiden;
 - ii) die biologische Vielfalt durch Maßnahmen wiederherzustellen, die nach folgender Rangfolge zu ergreifen sind:
 - a) Wiederherstellung des Zustands der biologischen Vielfalt, der vor dem Eintritt des Schadens bestand, oder annähernd dieses Zustands und, sofern die zuständige Behörde dies nicht für möglich hält,
 - b) Wiederherstellung unter anderem durch Ersetzen des Verlustes an biologischer Vielfalt durch andere Bestandteile der biologischen Vielfalt für die gleiche oder für eine andere Art der Nutzung entweder am gleichen oder gegebenenfalls an einem anderen Standort.

3. A “significant” adverse effect is to be determined on the basis of factors, such as:

- (a) The long-term or permanent change, to be understood as change that will not be redressed through natural recovery within a reasonable period of time;
- (b) The extent of the qualitative or quantitative changes that adversely affect the components of biological diversity;
- (c) The reduction of the ability of components of biological diversity to provide goods and services;
- (d) The extent of any adverse effects on human health in the context of the Protocol.

Article 3

Scope

1. This Supplementary Protocol applies to damage resulting from living modified organisms which find their origin in a transboundary movement. The living modified organisms referred to are those:

- (a) Intended for direct use as food or feed, or for processing;
- (b) Destined for contained use;
- (c) Intended for intentional introduction into the environment.

2. With respect to intentional transboundary movements, this Supplementary Protocol applies to damage resulting from any authorized use of the living modified organisms referred to in paragraph 1 above.

3. This Supplementary Protocol also applies to damage resulting from unintentional transboundary movements as referred to in Article 17 of the Protocol as well as damage resulting from illegal transboundary movements as referred to in Article 25 of the Protocol.

4. This Supplementary Protocol applies to damage resulting from a transboundary movement of living modified organisms that started after the entry into force of this Supplementary Protocol for the Party into whose jurisdiction the transboundary movement was made.

5. This Supplementary Protocol applies to damage that occurred in areas within the limits of the national jurisdiction of Parties.

6. Parties may use criteria set out in their domestic law to address damage that occurs within the limits of their national jurisdiction.

3. Le caractère «significatif» d'un effet défavorable est déterminé sur la base de facteurs tels que:

- a) La modification à long terme ou permanente, c'est-à-dire ne pouvant se corriger de manière naturelle dans un délai raisonnable;
- b) L'ampleur des modifications qualitatives ou quantitatives qui nuisent aux éléments constitutifs de la diversité biologique;
- c) La réduction de la capacité qu'ont les éléments constitutifs de la diversité biologique de fournir des biens et des services;
- d) L'ampleur de tout effet défavorable sur la santé humaine dans le contexte du Protocole.

Article 3

Champ d'application

1. Le présent Protocole additionnel s'applique au dommage résultant d'organismes vivants modifiés trouvant leurs origines dans un mouvement transfrontière. Les organismes vivants modifiés visés sont ceux:

- a) Destinés à être utilisés directement pour l'alimentation humaine ou animale, ou à être transformés;
- b) Destinés à être utilisés en milieu confiné;
- c) Destinés à être introduits intentionnellement dans l'environnement.

2. S'agissant des mouvements transfrontières intentionnels, le présent Protocole additionnel s'applique au dommage résultant de toute utilisation autorisée des organismes vivants modifiés mentionnés au paragraphe 1.

3. Le présent Protocole additionnel s'applique également au dommage résultant de mouvements transfrontières non intentionnels prévus à l'article 17 du Protocole ainsi qu'au dommage résultant de mouvements transfrontières illicites prévus à l'article 25 du Protocole.

4. Le présent Protocole additionnel s'applique au dommage résultant d'un mouvement transfrontière d'organismes vivants modifiés qui a débuté après l'entrée en vigueur du présent Protocole additionnel pour la Partie vers la juridiction de laquelle a eu lieu le mouvement transfrontière.

5. Le présent Protocole additionnel s'applique au dommage survenu dans des zones situées dans les limites de la juridiction nationale des Parties.

6. Les Parties peuvent utiliser les critères définis par leur droit interne pour traiter le dommage survenant dans les limites de leur juridiction nationale.

(3) Eine „erhebliche“ nachteilige Auswirkung ist auf der Grundlage von Faktoren wie den folgenden festzustellen:

- a) eine langfristige oder dauerhafte Veränderung, die als eine Veränderung zu verstehen ist, die nicht auf natürliche Weise innerhalb eines angemessenen Zeitraums rückgängig gemacht wird;
- b) das Ausmaß der qualitativen oder quantitativen Veränderungen, die sich nachteilig auf die Bestandteile der biologischen Vielfalt auswirken;
- c) die Verringerung der Fähigkeit der Bestandteile der biologischen Vielfalt, Güter zur Verfügung zu stellen und Dienstleistungen zu erbringen;
- d) das Ausmaß aller nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit im Rahmen des Protokolls.

Artikel 3

Geltungsbereich

(1) Dieses Zusatzprotokoll findet Anwendung auf Schäden, die durch lebende veränderte Organismen verursacht werden, die ihren Ursprung in einer grenzüberschreitenden Verbringung haben. Die genannten lebenden veränderten Organismen sind diejenigen, die

- a) zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung vorgesehen sind;
- b) zur Anwendung in geschlossenen Systemen bestimmt sind;
- c) die zur absichtlichen Einbringung in die Umwelt vorgesehen sind.

(2) Im Hinblick auf absichtliche grenzüberschreitende Verbringungen findet dieses Zusatzprotokoll Anwendung auf Schäden, die durch genehmigte Verwendungen der in Absatz 1 genannten lebenden veränderten Organismen entstanden sind.

(3) Dieses Zusatzprotokoll findet ferner Anwendung auf Schäden, die durch unabsichtliche grenzüberschreitende Verbringungen nach Artikel 17 des Protokolls entstanden sind, sowie auf Schäden, die durch rechtswidrige grenzüberschreitende Verbringungen nach Artikel 25 des Protokolls entstanden sind.

(4) Dieses Zusatzprotokoll findet Anwendung auf Schäden, die durch eine grenzüberschreitende Verbringung von lebenden veränderten Organismen entstanden sind, die nach Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls für die Vertragspartei begann, in deren Hoheitsbereich die grenzüberschreitende Verbringung erfolgte.

(5) Dieses Zusatzprotokoll findet Anwendung auf Schäden, die in Gebieten innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche der Vertragsparteien eingetreten sind.

(6) Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht festgelegte Kriterien verwenden, um mit Schäden umzugehen, die innerhalb ihrer nationalen Hoheitsbereiche eintreten.

7. Domestic law implementing this Supplementary Protocol shall also apply to damage resulting from transboundary movements of living modified organisms from non-Parties.

Article 4
Causation

A causal link shall be established between the damage and the living modified organism in question in accordance with domestic law.

Article 5
Response measures

1. Parties shall require the appropriate operator or operators, in the event of damage, subject to any requirements of the competent authority, to:

- (a) Immediately inform the competent authority;
- (b) Evaluate the damage; and
- (c) Take appropriate response measures.

2. The competent authority shall:

- (a) Identify the operator which has caused the damage;
- (b) Evaluate the damage; and
- (c) Determine which response measures should be taken by the operator.

3. Where relevant information, including available scientific information or information available in the Biosafety Clearing-House, indicates that there is a sufficient likelihood that damage will result if timely response measures are not taken, the operator shall be required to take appropriate response measures so as to avoid such damage.

4. The competent authority may implement appropriate response measures, including, in particular, when the operator has failed to do so.

5. The competent authority has the right to recover from the operator the costs and expenses of, and incidental to, the evaluation of the damage and the implementation of any such appropriate response measures. Parties may provide, in their domestic law, for other situations in which the operator may not be required to bear the costs and expenses.

6. Decisions of the competent authority requiring the operator to take response measures should be reasoned. Such decisions should be notified to the operator. Domestic law shall provide for remedies, including the opportunity for administrative or judicial review of such

7. Le droit interne mettant en œuvre le présent Protocole additionnel s'applique également au dommage résultant des mouvements transfrontières d'organismes vivants modifiés en provenance de pays non Parties.

Article 4
Lien de causalité

Un lien de causalité est établi entre le dommage et l'organisme vivant modifié en question et ce, conformément au droit interne.

Article 5
Mesures d'intervention

1. Lorsqu'un dommage s'est produit, les Parties exigent, sous réserve des conditions imposées par l'autorité compétente, que le ou les opérateurs appropriés:

- a) Informent immédiatement l'autorité compétente;
- b) Évaluent le dommage; et
- c) Prennent les mesures d'intervention appropriées.

2. L'autorité compétente:

- a) Identifie l'opérateur qui a causé le dommage;
- b) Évalue le dommage; et
- c) Détermine les mesures d'intervention que devrait prendre l'opérateur.

3. Lorsque des informations pertinentes, y compris les informations scientifiques disponibles ou les informations dont dispose le Centre d'échange pour la prévention des risques biotechnologiques, indiquent qu'il existe une probabilité suffisante de survenance de dommage si des mesures d'intervention ne sont pas prises en temps utile, l'opérateur est tenu de prendre des mesures d'intervention appropriées afin d'éviter ce dommage.

4. L'autorité compétente peut prendre les mesures d'intervention appropriées, y compris en particulier lorsque l'opérateur ne l'a pas fait.

5. L'autorité compétente a le droit de recouvrer auprès de l'opérateur les coûts liés à l'évaluation du dommage et à la prise de toute mesure d'intervention appropriée ainsi que les coûts et dépenses accessoires y afférents. Les Parties peuvent prévoir dans leur droit interne des situations dans lesquelles l'opérateur peut ne pas être tenu de supporter ces coûts et dépenses.

6. Les décisions de l'autorité compétente qui exigent de l'opérateur qu'il prenne des mesures d'intervention devraient être motivées. Ces décisions devraient être notifiées à l'opérateur. Le droit interne prévoit l'existence de recours, y compris la possibilité d'une révision

(7) Das innerstaatliche Recht zur Durchführung dieses Zusatzprotokolls findet auch Anwendung auf Schäden, die durch grenzüberschreitende Verbringungen lebender veränderter Organismen aus Staaten entstanden sind, die Nichtvertragsparteien sind.

Artikel 4
Kausalität

Zwischen dem Schaden und dem betreffenden lebenden veränderten Organismus wird im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht ein Kausalzusammenhang hergestellt.

Artikel 5
Abhilfemaßnahmen

(1) Die Vertragsparteien verlangen im Schadensfall vom jeweiligen Betreiber oder von den jeweiligen Betreibern vorbehaltlich der von der zuständigen Behörde festgelegten Erfordernisse,

- a) unverzüglich die zuständige Behörde in Kenntnis zu setzen;
- b) den Schaden zu bewerten und
- c) geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

(2) Die zuständige Behörde

- a) ermittelt den Betreiber, der den Schaden verursacht hat;
- b) bewertet den Schaden und
- c) legt fest, welche Abhilfemaßnahmen vom Betreiber ergriffen werden sollen.

(3) Sofern aus einschlägigen Informationen, einschließlich der verfügbaren wissenschaftlichen Informationen oder der Informationen, die bei der Informationsstelle für biologische Sicherheit verfügbar sind, hervorgeht, dass es mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden kommen wird, falls nicht rechtzeitig Abhilfemaßnahmen ergriffen werden, ist der Betreiber verpflichtet, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Schaden zu vermeiden.

(4) Die zuständige Behörde kann geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen, unter anderem insbesondere dann, wenn der Betreiber dies nicht getan hat.

(5) Die zuständige Behörde hat das Recht, vom Betreiber die Kosten und Auslagen zurückzufordern, die durch die Bewertung des Schadens und die Umsetzung aller geeigneten Abhilfemaßnahmen und im Zusammenhang damit angefallen sind. Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht andere Situationen vorsehen, in denen der Betreiber nicht für die Kosten und Auslagen aufkommen muss.

(6) Entscheidungen der zuständigen Behörde, durch die der Betreiber aufgefordert wird, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, sollen begründet sein. Diese Entscheidungen sollen dem Betreiber mitgeteilt werden. Das innerstaatliche Recht hat Rechtsbehelfe vorzusehen, einschließlich der Möglichkeit,

decisions. The competent authority shall, in accordance with domestic law, also inform the operator of the available remedies. Recourse to such remedies shall not impede the competent authority from taking response measures in appropriate circumstances, unless otherwise provided by domestic law.

7. In implementing this Article and with a view to defining the specific response measures to be required or taken by the competent authority, Parties may, as appropriate, assess whether response measures are already addressed by their domestic law on civil liability.

8. Response measures shall be implemented in accordance with domestic law.

administrative ou judiciaire de ces décisions. L'autorité compétente informe également l'opérateur des recours disponibles, conformément au droit interne. L'utilisation de tels recours n'empêche pas l'autorité compétente de prendre des mesures d'intervention dans les circonstances appropriées, sauf indication contraire prévue par le droit interne.

7. En appliquant cet article et afin de définir les mesures d'intervention spécifiques que l'autorité compétente prendra ou exigera, les Parties peuvent, le cas échéant, déterminer si les mesures d'intervention sont déjà prévues par le droit interne sur la responsabilité civile.

8. Les mesures d'intervention sont mises en œuvre conformément au droit interne.

diese Entscheidungen einer Überprüfung durch die Verwaltung oder die Gerichte zu unterziehen. Die zuständige Behörde unterrichtet den Betreiber im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht auch über die zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe. Die Einlegung solcher Rechtsbehelfe darf die zuständige Behörde nicht daran hindern, unter geeigneten Umständen Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, sofern das innerstaatliche Recht nichts anderes vorsieht.

(7) Bei der Durchführung dieses Artikels und im Hinblick auf die Festlegung der besonderen Abhilfemaßnahmen, welche die zuständige Behörde verlangen oder ergreifen wird, können die Vertragsparteien gegebenenfalls prüfen, ob die Abhilfemaßnahmen bereits in ihrem innerstaatlichen Recht über die zivilrechtliche Haftung vorgesehen sind.

(8) Die Abhilfemaßnahmen werden im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht umgesetzt.

Article 6
Exemptions

1. Parties may provide, in their domestic law, for the following exemptions:

- (a) Act of God or *force majeure*; and
- (b) Act of war or civil unrest.

2. Parties may provide, in their domestic law, for any other exemptions or mitigations as they may deem fit.

Article 6
Exemptions

1. Les Parties peuvent prévoir, dans leur droit interne, les exemptions suivantes:

- a) Cas fortuit ou *force majeure*; et
- b) Conflit armé ou troubles civils.

2. Les Parties peuvent prévoir, dans leur droit interne, les autres exemptions ou mesures d'atténuation qu'elles jugent appropriées.

Artikel 6
Ausnahmen

(1) Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht folgende Ausnahmen vorsehen:

- a) Naturereignisse oder höhere Gewalt und
- b) Kriegshandlungen oder bürgerkriegsähnliche Unruhen.

(2) Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht alle weiteren Ausnahmen oder Herabsetzungsgründe vorsehen, die sie für angebracht halten.

Article 7
Time limits

Parties may provide, in their domestic law, for:

- (a) Relative and/or absolute time limits including for actions related to response measures; and
- (b) The commencement of the period to which a time limit applies.

Article 7
Délais

Les Parties peuvent prévoir, dans leur droit interne:

- a) Des délais relatifs et/ou absolus y compris en ce qui concerne les mesures d'intervention; et
- b) Le début de la période à laquelle un délai s'applique.

Artikel 7
Fristen

Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht Folgendes vorsehen:

- a) relative und/oder absolute Fristen, auch in Bezug auf Abhilfemaßnahmen, und
- b) den Beginn des Zeitraums, ab dem eine Frist läuft.

Article 8
Financial limits

Parties may provide, in their domestic law, for financial limits for the recovery of costs and expenses related to response measures.

Article 8
Limites financières

Les Parties peuvent prévoir, dans leur droit interne, des limites financières pour le recouvrement des coûts et dépenses liés aux mesures d'intervention.

Artikel 8
Finanzielle Obergrenzen

Die Vertragsparteien können in ihrem innerstaatlichen Recht finanzielle Obergrenzen für die Rückforderung von im Zusammenhang mit Abhilfemaßnahmen entstandenen Kosten und Auslagen vorsehen.

Article 9
Right of recourse

This Supplementary Protocol shall not limit or restrict any right of recourse or indemnity that an operator may have against any other person.

Article 9
Droit de recours

Le présent Protocole additionnel ne limite ni ne restreint aucun des droits de recours ou d'indemnisation dont peut disposer un opérateur à l'endroit de toute autre personne.

Artikel 9
Rückgriffsrecht

Dieses Zusatzprotokoll schränkt Rückgriffsrechte oder Schadensersatzansprüche, die ein Betreiber möglicherweise gegen eine andere Person hat, nicht ein.

Article 10

Financial security

1. Parties retain the right to provide, in their domestic law, for financial security.

2. Parties shall exercise the right referred to in paragraph 1 above in a manner consistent with their rights and obligations under international law, taking into account the final three preambular paragraphs of the Protocol.

3. The first meeting of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol after the entry into force of the Supplementary Protocol shall request the Secretariat to undertake a comprehensive study which shall address, *inter alia*:

- (a) The modalities of financial security mechanisms;
- (b) An assessment of the environmental, economic and social impacts of such mechanisms, in particular on developing countries; and
- (c) An identification of the appropriate entities to provide financial security.

Article 10

Garantie financière

1. Les Parties se réservent le droit de prévoir des dispositions de garantie financière dans leur droit interne.

2. Les Parties exercent le droit mentionné au paragraphe 1 ci-dessus conformément à leurs droits et obligations prévus dans le droit international, compte tenu des trois derniers paragraphes du préambule du Protocole.

3. La première réunion de la Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole après l'entrée en vigueur du Protocole additionnel demandera au Secrétaire exécutif d'entreprendre une étude complète abordant entre autres:

- a) Les modalités de mécanismes de garantie financière;
- b) Une évaluation des impacts environnementaux, économiques et sociaux de tels mécanismes, en particulier sur les pays en développement; et
- c) L'identification des organismes appropriés pour fournir la garantie financière.

Artikel 10

Finanzielle Sicherheiten

(1) Den Vertragsparteien bleibt das Recht vorbehalten, in ihrem innerstaatlichen Recht Bestimmungen über finanzielle Sicherheiten vorzusehen.

(2) Die Vertragsparteien üben das in Absatz 1 genannte Recht in Einklang mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Verpflichtungen unter Berücksichtigung der letzten drei Absätze der Präambel des Protokolls aus.

(3) Die erste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, nach dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls ersucht das Sekretariat, eine umfassende Untersuchung durchzuführen, die sich unter anderem mit Folgendem befasst:

- a) den Modalitäten der Mechanismen für finanzielle Sicherheiten;
- b) einer Bewertung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen solcher Mechanismen, insbesondere auf Entwicklungsländer, und
- c) einer Ermittlung der geeigneten Stellen, die finanzielle Sicherheiten zur Verfügung stellen.

Article 11

Responsibility of States for internationally wrongful acts

This Supplementary Protocol shall not affect the rights and obligations of States under the rules of general international law with respect to the responsibility of States for internationally wrongful acts.

Article 11

Responsabilité des États pour des faits internationalement illicites

Le présent Protocole additionnel ne porte pas atteinte aux droits et obligations des États relevant des règles du droit international général qui visent la responsabilité des États pour des faits internationalement illicites.

Artikel 11

Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen

Dieses Zusatzprotokoll lässt die Rechte und Verpflichtungen der Staaten nach den Regeln des allgemeinen Völkerrechts in Bezug auf die Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen unberührt.

Article 12

Implementation and relation to civil liability

1. Parties shall provide, in their domestic law, for rules and procedures that address damage. To implement this obligation, Parties shall provide for response measures in accordance with this Supplementary Protocol and may, as appropriate:

- (a) Apply their existing domestic law, including, where applicable, general rules and procedures on civil liability;
- (b) Apply or develop civil liability rules and procedures specifically for this purpose; or
- (c) Apply or develop a combination of both.

2. Parties shall, with the aim of providing adequate rules and procedures in their domestic law on civil liability for material or personal damage associated with the damage as defined in Article 2, paragraph 2 (b):

Article 12

Application et lien avec la responsabilité civile

1. Les Parties prévoient, dans leur droit interne, des règles et procédures propres à remédier au dommage. Pour s'acquitter de cette obligation, elles prévoient des mesures d'intervention conformes au présent Protocole additionnel et peuvent s'il y a lieu:

- a) Appliquer leur droit interne existant, y compris, le cas échéant, des règles et procédures générales applicables à la responsabilité civile;
- b) Appliquer ou élaborer des règles et procédures de responsabilité civile conçues spécifiquement à cet effet; ou
- c) Appliquer ou élaborer une combinaison des deux.

2. Les Parties, en vue de prévoir dans leur droit interne des règles et procédures adéquates relatives à la responsabilité civile en cas de préjudice matériel ou personnel associé au dommage tel que défini à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2:

Artikel 12

Umsetzung und Bezug zur zivilrechtlichen Haftung

(1) Die Vertragsparteien sehen in ihrem innerstaatlichen Recht Regeln und Verfahren für den Umgang mit Schaden vor. Um diese Verpflichtung zu erfüllen, sehen die Vertragsparteien Abhilfemaßnahmen im Einklang mit diesem Zusatzprotokoll vor und können gegebenenfalls

- a) ihr bestehendes innerstaatliches Recht anwenden, einschließlich, sofern anwendbar, der allgemeinen Regeln und Verfahren für die zivilrechtliche Haftung;
- b) Regeln und Verfahren für die zivilrechtliche Haftung speziell für diesen Zweck anwenden oder entwickeln oder
- c) eine Kombination aus beidem anwenden oder entwickeln.

(2) Mit dem Ziel, in ihrem innerstaatlichen Recht angemessene Regeln und Verfahren für die zivilrechtliche Haftung für Sach- oder Personenschäden in Verbindung mit dem in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b bestimmten Schaden vorzusehen,

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(a) Continue to apply their existing general law on civil liability;</p> <p>(b) Develop and apply or continue to apply civil liability law specifically for that purpose; or</p> <p>(c) Develop and apply or continue to apply a combination of both.</p> | <p>a) Continuent d'appliquer leur droit général existant sur la responsabilité civile;</p> <p>b) Élaborent et appliquent ou continuent d'appliquer leur droit sur la responsabilité civile spécifiquement à cet effet; ou</p> <p>c) Élaborent et appliquent ou continuent d'appliquer une combinaison des deux.</p> | <p>a) wenden die Vertragsparteien weiterhin ihre bestehenden allgemeinen Rechtsvorschriften über die zivilrechtliche Haftung an;</p> <p>b) entwickeln die Vertragsparteien Rechtsvorschriften über die zivilrechtliche Haftung speziell für diesen Zweck und wenden diese an oder wenden diese weiterhin an oder</p> <p>c) entwickeln die Vertragsparteien eine Kombination aus beidem und wenden diese an oder wenden diese weiterhin an.</p> |
|--|---|--|

3. When developing civil liability law as referred to in subparagraphs (b) or (c) of paragraphs 1 or 2 above, Parties shall, as appropriate, address, *inter alia*, the following elements:

- (a) Damage;
- (b) Standard of liability, including strict or fault-based liability;
- (c) Channelling of liability, where appropriate;
- (d) Right to bring claims.

Article 13

Assessment and review

The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol shall undertake a review of the effectiveness of this Supplementary Protocol five years after its entry into force and every five years thereafter, provided information requiring such a review has been made available by Parties. The review shall be undertaken in the context of the assessment and review of the Protocol as specified in Article 35 of the Protocol, unless otherwise decided by the Parties to this Supplementary Protocol. The first review shall include a review of the effectiveness of Articles 10 and 12.

Article 14

Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol

1. Subject to paragraph 2 of Article 32 of the Convention, the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol shall serve as the meeting of the Parties to this Supplementary Protocol.

2. The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Protocol shall keep under regular review the implementation of this Supplementary Protocol and shall make, within its mandate, the decisions necessary to promote its effective implementation. It shall perform the functions assigned to it by this Supplementary Protocol and, *mutatis mutandis*, the functions assigned to it by paragraphs 4 (a) and (f) of Article 29 of the Protocol.

3. Dans l'élaboration de leur droit sur la responsabilité civile dont mention est faite aux alinéas b) ou c) des paragraphes 1 ou 2 ci-dessus, les Parties abordent, selon qu'il convient, les éléments suivants entre autres:

- a) Le dommage;
- b) La norme de responsabilité, y compris la responsabilité objective ou la responsabilité pour faute;
- c) La canalisation de la responsabilité, le cas échéant;
- d) Le droit de recours.

Article 13

Évaluation et examen

La Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole effectue un examen de l'efficacité du présent Protocole additionnel cinq ans après son entrée en vigueur puis ensuite tous les cinq ans, à condition que les informations nécessaires à cet examen aient été fournies par les Parties. Cet examen est effectué dans le contexte de l'évaluation et de l'examen du Protocole comme précisé à l'article 35 du Protocole, à moins que les Parties au présent Protocole additionnel n'en décident autrement. Le premier examen devra comprendre un examen de l'efficacité des articles 10 et 12.

Article 14

Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole

1. Sous réserve du paragraphe 2 de l'article 32 de la Convention, la Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole sert de réunion des Parties au présent Protocole additionnel.

2. La Conférence des Parties siégeant en tant que réunion des Parties au Protocole suit l'application du présent Protocole additionnel et prend, dans le cadre de son mandat, les décisions nécessaires pour en favoriser une application effective. Elle s'acquiesce des fonctions qui lui sont assignées par le présent Protocole additionnel et, *mutatis mutandis*, de celles qui lui sont assignées par les alinéas a) et f) du paragraphe 4 de l'article 29 du Protocole.

(3) Bei der Entwicklung der in Absatz 1 Buchstabe b oder c oder in Absatz 2 Buchstabe b oder c genannten Rechtsvorschriften über die zivilrechtliche Haftung behandeln die Vertragsparteien gegebenenfalls unter anderem die folgenden Elemente:

- a) den Schaden;
- b) die Haftungsnorm, einschließlich der verschuldensunabhängigen oder verschuldensabhängigen Haftung;
- c) die Kanalisierung der Haftung, soweit angemessen;
- d) das Recht, Klage zu erheben.

Artikel 13

Bewertung und Überprüfung

Die Konferenz der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, überprüft fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls und danach alle fünf Jahre die Wirksamkeit dieses Zusatzprotokolls, sofern die Vertragsparteien Informationen zur Verfügung gestellt haben, die eine solche Überprüfung erforderlich machen. Die Überprüfung erfolgt im Rahmen der Bewertung und Überprüfung des Protokolls nach Artikel 35 des Protokolls, sofern die Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls nichts anderes beschließen. Die erste Überprüfung hat eine Überprüfung der Wirksamkeit der Artikel 10 und 12 zu umfassen.

Artikel 14

Die Konferenz der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient

(1) Vorbehaltlich des Artikels 32 Absatz 2 des Übereinkommens dient die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dienende Konferenz der Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls.

(2) Die Konferenz der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, überprüft regelmäßig die Durchführung dieses Zusatzprotokolls und trifft im Rahmen ihres Auftrags die notwendigen Entscheidungen, um seine wirksame Durchführung zu fördern. Sie nimmt die ihr durch dieses Zusatzprotokoll zugewiesenen Aufgaben und entsprechend die ihr durch Artikel 29 Absatz 4 Buchstaben a und f des Protokolls zugewiesenen Aufgaben wahr.

Article 15
Secretariat

The Secretariat established by Article 24 of the Convention shall serve as the secretariat to this Supplementary Protocol.

Article 16
Relationship with the Convention and the Protocol

1. This Supplementary Protocol shall supplement the Protocol and shall neither modify nor amend the Protocol.

2. This Supplementary Protocol shall not affect the rights and obligations of the Parties to this Supplementary Protocol under the Convention and the Protocol.

3. Except as otherwise provided in this Supplementary Protocol, the provisions of the Convention and the Protocol shall apply, *mutatis mutandis*, to this Supplementary Protocol.

4. Without prejudice to paragraph 3 above, this Supplementary Protocol shall not affect the rights and obligations of a Party under international law.

Article 17
Signature

This Supplementary Protocol shall be open for signature by Parties to the Protocol at the United Nations Headquarters in New York from 7 March 2011 to 6 March 2012.

Article 18
Entry into force

1. This Supplementary Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the fortieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession by States or regional economic integration organizations that are Parties to the Protocol.

2. This Supplementary Protocol shall enter into force for a State or regional economic integration organization that ratifies, accepts or approves it or accedes thereto after the deposit of the fortieth instrument as referred to in paragraph 1 above, on the ninetieth day after the date on which that State or regional economic integration organization deposits its instrument of ratification, acceptance, approval, or accession, or on the date on which the Protocol enters into force for that State or regional economic integration organization, whichever shall be the later.

3. For the purposes of paragraphs 1 and 2 above, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

Article 15
Secrétariat

Le Secrétariat établi en vertu de l'article 24 de la Convention fait fonction de secrétariat du présent Protocole additionnel.

Article 16
Relations avec la Convention et le Protocole

1. Le présent Protocole additionnel complète le Protocole, et ne modifie ni amende le Protocole.

2. Le présent Protocole additionnel ne porte pas atteinte aux droits et aux obligations des Parties au présent Protocole additionnel en vertu de la Convention et du Protocole.

3. Sauf disposition contraire dans le présent Protocole additionnel, les dispositions de la Convention et du Protocole s'appliquent, *mutatis mutandis*, au présent Protocole additionnel.

4. Sous réserve du paragraphe 3 ci-dessus, le présent Protocole additionnel ne porte pas atteinte aux droits et obligations d'une Partie en vertu du droit international.

Article 17
Signature

Le présent Protocole additionnel est ouvert à la signature des Parties au Protocole au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York du 7 mars 2011 au 6 mars 2012.

Article 18
Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole additionnel entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de dépôt du quarantième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion par les États ou les organisations régionales d'intégration économique qui sont Parties au Protocole.

2. Le présent Protocole additionnel entre en vigueur pour un État ou une organisation régionale d'intégration économique qui le ratifie, l'accepte, l'approuve ou y adhère après le dépôt du quarantième instrument mentionné au paragraphe 1 ci-dessus, soit le quatre-vingt-dixième jour après la date de dépôt par cet État ou par cette organisation régionale d'intégration économique de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à la date à laquelle le Protocole entre en vigueur pour cet État ou pour cette organisation régionale d'intégration économique, la date la plus tardive étant retenue.

3. Aux fins des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique n'est considéré comme venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de ladite organisation.

Artikel 15
Sekretariat

Das durch Artikel 24 des Übereinkommens eingesetzte Sekretariat ist gleichzeitig Sekretariat dieses Zusatzprotokolls.

Artikel 16
Verhältnis zum Übereinkommen und zum Protokoll

(1) Dieses Zusatzprotokoll ergänzt das Protokoll und ändert es nicht.

(2) Dieses Zusatzprotokoll lässt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls aus dem Übereinkommen und dem Protokoll unberührt.

(3) Sofern in diesem Zusatzprotokoll nichts anderes vorgesehen ist, finden die Bestimmungen des Übereinkommens und des Protokolls entsprechend auch auf dieses Zusatzprotokoll Anwendung.

(4) Unbeschadet des Absatzes 3 lässt dieses Zusatzprotokoll die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei aufgrund des Völkerrechts unberührt.

Artikel 17
Unterzeichnung

Dieses Zusatzprotokoll liegt für die Vertragsparteien des Protokolls vom 7. März 2011 bis 6. März 2012 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Artikel 18
Inkrafttreten

(1) Dieses Zusatzprotokoll tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der vierzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch Staaten oder durch Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Protokolls sind, in Kraft.

(2) Dieses Zusatzprotokoll tritt für einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die es nach Hinterlegung der vierzigsten Urkunde nach Absatz 1 ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem dieser Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration seine beziehungsweise ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, oder zu dem Zeitpunkt, zu dem das Protokoll für diesen Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft tritt, falls dies der spätere Zeitpunkt ist.

(3) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

Article 19
Reservations

No reservations may be made to this Supplementary Protocol.

Article 20
Withdrawal

1. At any time after two years from the date on which this Supplementary Protocol has entered into force for a Party, that Party may withdraw from this Supplementary Protocol by giving written notification to the Depositary.

2. Any such withdrawal shall take place upon expiry of one year after the date of its receipt by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.

3. Any Party which withdraws from the Protocol in accordance with Article 39 of the Protocol shall be considered as also having withdrawn from this Supplementary Protocol.

Article 21
Authentic texts

The original of this Supplementary Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Supplementary Protocol.

Done at Nagoya on this fifteenth day of October two thousand and ten.

Article 19
Réserves

Aucune réserve ne peut être faite au présent Protocole additionnel.

Article 20
Dénonciation

1. À l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole additionnel à l'égard d'une Partie, cette Partie peut dénoncer le présent Protocole additionnel par notification écrite au Dépositaire.

2. Cette dénonciation prend effet à l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date de sa réception par le Dépositaire, ou à toute date ultérieure qui pourra être spécifiée dans ladite notification.

3. Toute partie qui dénonce le Protocole conformément à l'article 39 du Protocole est considérée comme ayant également dénoncé le présent Protocole additionnel.

Article 21
Textes faisant foi

L'original du présent Protocole additionnel, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment habilités, ont signé le présent Protocole additionnel.

Fait à Nagoya le quinzième jour du mois d'octobre de l'an deux mil dix.

Artikel 19
Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Zusatzprotokoll sind nicht zulässig.

Artikel 20
Rücktritt

(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Zusatzprotokoll für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Zusatzprotokoll zurücktreten.

(2) Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die von dem Protokoll nach Artikel 39 des Protokolls zurücktritt, gilt auch als von diesem Zusatzprotokoll zurückgetreten.

Artikel 21
Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Zusatzprotokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben.

Geschehen zu Nagoya am 15. Oktober 2010.

Denkschrift

A. Allgemeiner Teil

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508), das am 11. September 2003 in Kraft getreten ist, wurde von der Bundesrepublik Deutschland am 20. November 2003 ratifiziert. Unter dem Dach des Übereinkommens vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) stellt das Cartagena-Protokoll eine wichtige Etappe in der Entwicklung einer nachhaltigen Nutzung der modernen Biotechnologie und ihrer Anwendung in der Umwelt im internationalen Kontext dar. Tatsächlich ist das Cartagena-Protokoll das erste völkerrechtliche Instrument, das sich ganz gezielt mit Aspekten der Sicherheit von Umwelt und Gesundheit im Zusammenhang mit der Verwendung lebender veränderter Organismen befasst. Gegenstand des Protokolls sind auf Grundlage des Vorsorgeprinzips Regelungen zur grenzüberschreitenden Verbringung von lebenden veränderten Organismen, insbesondere Genehmigungsverfahren und Informationsvorschriften. Diese sollen zum Schutz der biologischen Vielfalt die Sicherheit im Umgang mit den Organismen erhöhen, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind.

Derzeit haben 162 Staaten das Cartagena-Protokoll ratifiziert oder sind ihm beigetreten (Stand: 9. Juli 2012). Die Europäische Union und alle ihre 27 Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Protokolls.

Regelungen zur Beseitigung eines Schadens an der biologischen Vielfalt und zur Haftung für solche Schäden enthält das Cartagena-Protokoll nicht. In Artikel 27 des Cartagena-Protokolls haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, auf ihrer ersten Tagung (COP/MOP1) einen Prozess der Erarbeitung internationaler Regeln und Verfahren im Bereich der Haftung und Wiedergutmachung für Schäden anzustoßen, die durch die grenzüberschreitende Verbringung lebender veränderter Organismen entstanden sind. Damit wird das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu leisten.

Nach mehrjährigen Verhandlungen in einer unbefristeten Ad-hoc-Arbeitsgruppe juristischer und technischer Experten für Haftungs- und Wiedergutmachungsfragen konnte auf dem 4. Treffen der Vertragsparteien im Mai 2008 in Bonn (COP/MOP4) ein politischer Durchbruch erzielt werden. Dieser ermöglichte es, die Verhandlungen während der deutschen Präsidentschaft fortzuführen und am 15. Oktober 2010 das Nagoya/Kuala-Lumpur-Zusatzprotokoll über die Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit im Rahmen der Abschlussplenarsitzung von COP/MOP5 (Nagoya/Japan) zu verabschieden.

Das Zusatzprotokoll sieht ein öffentlich-rechtliches System zur Schadensbeseitigung (administrativer Haftungsansatz) vor, das weitgehend der EU-Umwelthaftungsrichtlinie entspricht. Danach verlangen die Vertragsparteien von den Wirtschaftsbeteiligten, wenn ein Schaden an der biologischen Vielfalt durch lebende veränderte Organismen aufgetreten ist, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Wenn der verantwortliche Betreiber nicht tätig wird, können die zuständigen Behörden geeignete Abhilfemaßnahmen auf Kosten des Betreibers

durchführen. Hinsichtlich der zivilrechtlichen Haftung haben die Vertragsparteien vereinbart, in ihrem innerstaatlichen Recht angemessene Regeln und Verfahren für Sach- oder Personenschäden vorzusehen. Dabei können die Vertragsparteien weiterhin ihre bestehenden allgemeinen zivilrechtlichen Haftungsvorschriften anwenden oder neue Rechtsvorschriften speziell für diesen Zweck entwickeln oder eine Kombination aus beiden Vorgehensweisen vorsehen. Das Zusatzprotokoll erfüllt damit den Arbeitsauftrag aus Artikel 27 des Cartagena-Protokolls.

In dem COP/MOP5-Beschluss zur Annahme des Nagoya/Kuala-Lumpur-Zusatzprotokolls werden die Vertragsparteien des Cartagena-Protokolls nunmehr aufgefordert, das Zusatzprotokoll so rasch wie möglich zu unterzeichnen und die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder gegebenenfalls Beitrittsurkunden baldmöglichst zu hinterlegen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Zusatzprotokoll am 20. September 2011 in New York gezeichnet.

Das Zusatzprotokoll entspricht mit seinem Ziel, einen Beitrag zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu leisten, der Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Mit der Verabschiedung des Zusatzprotokolls ist eine der wesentlichen Streitfragen, die schon während der Verhandlungen zum Cartagena-Protokoll bestanden, gelöst worden. Mit diesem völkerrechtlich verbindlichen Rechtsinstrument wird ein erheblicher Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt geleistet, weil in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern – im Gegensatz zu den meisten Industrieländern – entsprechende Regelungen nicht existieren. Dies gilt insbesondere für die Regelung, dass nationale Behörden Wirtschaftsbeteiligte zu Sanierungsmaßnahmen verpflichten, wenn Schäden an der biologischen Vielfalt durch die grenzüberschreitende Verbringung von lebenden veränderten Organismen entstanden sind. Mit der Ratifikation des Zusatzprotokolls wird ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung des Cartagena-Protokolls geleistet.

Es handelt sich bei dem Zusatzprotokoll um einen „Gemischten Vertrag“, da die Inhalte und Regelungen teilweise in die Zuständigkeit der Europäischen Union nach Artikel 191 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und teilweise in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Die Europäische Union hat das Zusatzprotokoll am 11. Mai 2011 gezeichnet und strebt eine unmittelbare Ratifikation an.

Die Europäische Union ist nach rechtlicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass in der Europäischen Union bereits rechtliche Instrumente zu sämtlichen in dem Zusatzprotokoll geregelten Angelegenheiten bestehen und diese für die Mitgliedstaaten verbindlich sind. Die Bundesrepublik Deutschland hat infolge dieses Rechts der Europäischen Union und aufgrund der bestehenden Haftungsvorschriften gegenwärtig eine innerstaatliche Rechtslage, die mit den Inhalten und Verpflichtungen des Zusatzprotokolls übereinstimmt. Dies gilt insbesondere aufgrund des Umweltschadensgesetzes, das die Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden umsetzt. Eine Änderung des innerstaatlichen Rechts aufgrund des Zusatzprotokolls ist nicht erforderlich. Mit den vorliegen-

den Vorschriften zur Haftung und Wiedergutmachung im Rahmen des Nagoya/Kuala-Lumpur-Zusatzprotokolls ist weder eine neue, über die bereits bestehenden Regelungen hinausgehende Staatshaftung noch für Deutschland eine neue zivilrechtliche Haftung vorgesehen.

B. Besonderer Teil

Die Präambel nennt die Grundsätze, auf denen das Zusatzprotokoll basiert, namentlich das Vorsorgeprinzip gemäß Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung sowie die Notwendigkeit, im Fall eines Schadens geeignete Abhilfemaßnahmen vorzusehen.

Artikel 1 nennt das Ziel des Zusatzprotokolls, das darin besteht, durch die Regelungen zur Haftung und Wiedergutmachung zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beizutragen.

Artikel 2 enthält die Begriffsbestimmungen der im Zusatzprotokoll verwendeten Begriffe. Danach liegt ein Schaden im Sinne des Zusatzprotokolls bei einer nachteiligen Auswirkung auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt vor, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind und die Auswirkung messbar oder anderweitig beobachtbar sowie erheblich sein muss. Dabei sind auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen. Als Betreiber gilt jede Person, die die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den lebenden veränderten Organismus ausübt. Unter Abhilfemaßnahmen im Sinne des Zusatzprotokolls werden angemessene Maßnahmen verstanden, die Schaden verhüten, beschränken oder vermeiden und die die biologische Vielfalt wiederherstellen.

Artikel 3 beschreibt den sachlichen, zeitlichen und räumlichen Geltungsbereich des Zusatzprotokolls. Es gilt für Schäden, die durch lebende veränderte Organismen verursacht werden, die ihren Ursprung in einer grenzüberschreitenden Verbringung haben.

Artikel 4 regelt das Erfordernis eines Kausalzusammenhanges.

Artikel 5 enthält Regelungen zu den Abhilfemaßnahmen und zu der Vorgehens- und Verfahrensweise der zuständigen Behörde im Schadensfall. Danach ermittelt die zuständige Behörde den Verursacher, bewertet den Schaden und legt die Abhilfemaßnahmen fest. Die zuständige

Behörde kann auf Kosten des Betreibers geeignete Abhilfemaßnahmen insbesondere dann ergreifen, wenn der Betreiber, der den Schaden verursacht hat, dies nicht getan hat.

Die **Artikel 6, 7, 8 und 10** legen fest, dass die Vertragsparteien im innerstaatlichen Recht Ausnahmen in erheblichem Umfang, Fristen, finanzielle Obergrenzen und finanzielle Sicherheiten vorsehen können.

Die **Artikel 9 und 11** regeln, dass das Zusatzprotokoll Rückgriffsrechte oder Schadensersatzansprüche des Betreibers sowie die Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen unberührt lässt.

Artikel 12 enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, in ihrem innerstaatlichen Recht Regeln und Verfahren für den Umgang mit Schaden vorzusehen. Dazu sehen die Vertragsparteien Abhilfemaßnahmen im Einklang mit dem Zusatzprotokoll vor und können gegebenenfalls ihr bestehendes innerstaatliches Recht einschließlich der zivilrechtlichen Haftungsregelungen anwenden oder zivilrechtliche Haftungsregelungen speziell für diese Schadensfälle oder eine Kombination aus beidem anwenden oder entwickeln. Hinsichtlich der zivilrechtlichen Haftung besteht das Ziel, im innerstaatlichen Recht angemessene Regeln und Verfahren für Sach- oder Personenschäden vorzusehen, die durch einen Schadensfall im Sinne des Zusatzprotokolls verursacht worden sind. Dabei können die Vertragsparteien weiterhin ihre bestehenden allgemeinen zivilrechtlichen Haftungsvorschriften anwenden oder neue zivilrechtliche Haftungsvorschriften speziell für diesen Zweck oder eine Kombination aus beiden Vorgehensweisen entwickeln und anwenden.

Die **Artikel 13 bis 21** betreffen die Überprüfung des Zusatzprotokolls fünf Jahre nach Inkrafttreten und die Organe des Zusatzprotokolls. Für das Zusatzprotokoll ist keine neue Struktur vorgesehen. Die Konferenz der Tagung der Vertragsparteien des Cartagena-Protokolls dient gleichzeitig als Tagung der Vertragsparteien des Zusatzprotokolls. Die Aufgaben des Sekretariats werden vom Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt übernommen. Ferner regeln die genannten Bestimmungen das Verhältnis zum Übereinkommen und zum Protokoll und legen die Modalitäten für das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls fest. Das Zusatzprotokoll tritt 90 Tage nach Hinterlegung der 40. Ratifikationsurkunde in Kraft.